

# Bundesgesetzblatt <sup>173</sup>

Teil II

Z 1998 A

1987

Ausgegeben zu Bonn am 11. März 1987

Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht .....	174
3. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens .....	174
6. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sklaverei und des Änderungsprotokolls hierzu sowie des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken .....	175
6. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See .....	176
6. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen .....	176
6. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht .....	177
6. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche .....	177
11. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Patentübereinkommens .....	178
11. 2. 87	Bekanntmachung einer Änderung der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen und weiterer Beschlüsse des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation .....	178
12. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen .....	184
12. 2. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit .....	184
16. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris .....	186
16. 2. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der deutsch-israelischen Vereinbarung über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr .....	186
18. 2. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) .....	187
18. 2. 87	Bekanntmachung über die Erweiterung der Ausbildung am Deutsch-Französischen Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft Saargemünd .....	187
18. 2. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzabkommens zum deutsch-türkischen Abkommen über Soziale Sicherheit .....	188

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht  
Vom 2. Februar 1987**

Das Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht (BGBl. 1965 II S. 1144) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Australien am 21. November 1986  
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

*(Übersetzung)*

"The Convention extends to the Australian States and mainland territories, and to the Coral Sea Islands Territory, the Territory of Heard Island and McDonald Islands, and the Australian Antarctic Territory".

„Dieses Übereinkommen wird auf die australischen Staaten und die Territorien auf dem Festland sowie auf das Territorium Korallenmeerinseln, das Territorium Heard und McDonaldinseln und das Australische Antarktis-Territorium ausgedehnt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juni 1986 (BGBl. II S. 723).

Bonn, den 2. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Patenzusammenarbeitsvertrages  
Vom 3. Februar 1987**

Der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens – Patenzusammenarbeitsvertrag – (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799; 1984 II S. 975) wird nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für

Benin am 26. Februar 1987  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. März 1985 (BGBl. II S. 589).

Bonn, den 3. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Sklaverei und des Änderungsprotokolls hierzu  
sowie des Zusatzübereinkommens  
über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels  
und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken**

**Vom 6. Februar 1987**

I.

1. Das Übereinkommen vom 25. September 1926 über die Sklaverei (RGBl. 1929 II S. 63) ist nach seinem Artikel 12,
2. das Protokoll vom 7. Dezember 1953 zur Änderung des Übereinkommens vom 25. September 1926 über die Sklaverei (BGBl. 1972 II S. 1069) nach seinem Artikel III Abs. 1

für

Mauretanien

am 6. Juni 1986

in Kraft getreten.

Dementsprechend ist Mauretanien Vertragspartei des Übereinkommens in der Fassung des Änderungsprotokolls (BGBl. 1972 II S. 1473).

II.

Das Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (BGBl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2

für

Mauretanien

am 6. Juni 1986

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Juni 1986 (BGBl. II S. 716) und vom 21. Juli 1986 (BGBl. II S. 856).

Bonn, den 6. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens von 1979  
über den Such- und Rettungsdienst auf See**

**Vom 6. Februar 1987**

Das Internationale Übereinkommen von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (BGBl. 1982 II S. 485) ist nach seinem Artikel V Abs. 3 für

Finnland am 6. Dezember 1986  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Dezember 1986 (BGBl. 1987 II S. 32).

Bonn, den 6. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen**

**Vom 6. Februar 1987**

Antigua und Barbuda hat der schweizerischen Regierung am 6. Oktober 1986 notifiziert, daß es sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit am 1. November 1981 an die nachstehend aufgeführten vier Genfer Rotkreuz-Abkommen gebunden betrachtet, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch das Vereinigte Königreich auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war:

- I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,
  - II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,
  - III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen und
  - IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,
- sämtlich vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 781, 783, 813, 838, 917).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1986 (BGBl. II S. 1030).

Bonn, den 6. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Satzung  
der Haager Konferenz  
für Internationales Privatrecht**

**Vom 6. Februar 1987**

Die auf der Siebenten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht am 31. Oktober 1951 in Den Haag beschlossene revidierte Fassung der Satzung der Konferenz (BGBl. 1959 II S. 981; 1983 II S. 732) ist nach ihren Artikeln 2 und 14 Abs. 2 für

Ungarn am 6. Januar 1987

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Juni 1986 (BGBl. II S. 707).

Bonn, den 6. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

**Vom 6. Februar 1987**

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Singapur am 19. November 1986

in Kraft getreten.

Singapur hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde die nachstehende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

“The Republic of Singapore will on the basis of reciprocity apply the said Convention to the recognition and enforcement of only those awards which are made in the territory of another Contracting State.”

„Die Republik Singapur wird das genannte Übereinkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Oktober 1986 (BGBl. II S. 949).

Bonn, den 6. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Europäischen Patentübereinkommens**

**Vom 11. Februar 1987**

Das Europäische Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826) ist nach seinem Artikel 169 Abs. 2 für

Griechenland und  
Spanien

am 1. Oktober 1986

in Kraft getreten.

Griechenland hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde von dem Vorbehalt nach Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a dahingehend Gebrauch gemacht, daß europäische Patente in Griechenland unwirksam sind, soweit sie Schutz für Arzneimittel als solche gewähren.

Spanien hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde von dem Vorbehalt nach Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a dahingehend Gebrauch gemacht, daß europäische Patente in Spanien unwirksam sind, soweit sie Schutz für chemische Erzeugnisse als solche oder Arzneimittel als solche gewähren.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Februar 1980 (BGBl. II S. 222).

Bonn, den 11. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
einer Änderung der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen  
und weiterer Beschlüsse des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation**

**Vom 11. Februar 1987**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat am 5. Dezember 1986

- eine Änderung der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen
- die Verlängerung der Frist für den von Griechenland bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde nach Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens gemachten Vorbehalt
- die Verlängerung der Frist für den von Spanien bei der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde nach Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens gemachten Vorbehalt

beschlossen. Die Beschlüsse werden auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. März 1985 (BGBl. II S. 575) und an die Geltungsbereichsbekanntmachung vom 11. Februar 1987 (BGBl. II S. 178).

Bonn, den 11. Februar 1987

Der Bundesminister der Justiz  
Im Auftrag  
Krieger

**Beschluß**  
des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 5. Dezember 1986  
zur Änderung der Regel 37 der Ausführungsordnung  
zum Europäischen Patentübereinkommen

**Decision**  
of the Administrative Council of 5 December 1986  
amending Rule 37 of the Implementing Regulations  
to the European Patent Convention

**Décision**  
du Conseil d'administration du 5 décembre 1986  
modifiant la règle 37 du règlement d'exécution  
de la Convention sur le brevet européen

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts,

nach Stellungnahme des Haushalts- und Finanzausschusses –

beschließt:

**Artikel 1**

Regel 37 der Ausführungsordnung wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 werden gestrichen.
2. Absatz 2a wird Absatz 2.

**Artikel 2**

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

**Artikel 3**

Dieser Beschluß tritt am 5. Dezember 1986 in Kraft.

Geschehen zu München am 5. Dezember 1986

Für den Verwaltungsrat  
Der Präsident

The Administrative Council of the European Patent Organisation,

Having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the "Convention"), and in particular Article 33, paragraph 1 (b), thereof,

On a proposal from the President of the European Patent Office,

Having heard the opinion of the Budget and Finance Committee,

Has decided as follows:

**Article 1**

Rule 37 of the Implementing Regulations shall be amended as follows:

- (1) deletion of the third sentence of paragraph 1 and of paragraph 2;
- (2) paragraph 2a to become paragraph 2.

**Article 2**

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

**Article 3**

This Decision shall enter into force on 5 December 1986.

Done at Munich, 5 December 1986

For the Administrative Council  
The Chairman  
O. Leberl

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

vu l'avis de la Commission du budget et des finances,

décide:

**Article premier**

La règle 37 du règlement d'exécution est modifiée comme suit:

- 1) la troisième phrase du paragraphe 1 et le paragraphe 2 sont supprimés;
- 2) le paragraphe 2<sup>es</sup> devient le paragraphe 2.

**Article 2**

Le Président de l'Office européen des brevets communique à tous les Etats signataires de la Convention ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

**Article 3**

La présente décision entre en vigueur le 5 décembre 1986.

Fait à Munich, le 5 décembre 1986

Par le Conseil d'administration  
Le Président

**Beschluß**  
**des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 5. Dezember 1986**  
**zur Verlängerung des von der Republik Griechenland bei der Hinterlegung**  
**ihrer Ratifikationsurkunde nach Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a**  
**des Europäischen Patentübereinkommens gemachten Vorbehalts**

**Decision**  
**of the Administrative Council of 5 December 1986**  
**extending the reservation entered by the Hellenic Republic**  
**when depositing its instruments of ratification,**  
**pursuant to Article 167, paragraph 2 (a), of the European Patent Convention**

**Décision**  
**du Conseil d'administration du 5 décembre 1986**  
**portant prorogation de la réserve faite par la République hellénique,**  
**lors du dépôt de son instrument de ratification,**  
**en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a)**  
**de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 167 Absatz 3,

unter Bezugnahme auf seine Erklärung vom 17. Januar 1986 zur Ratifizierung des Übereinkommens durch die Republik Griechenland,

in Anbetracht der Tatsache, daß die Republik Griechenland am 24. Juli 1986 bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Urkunde über die Ratifikation des Übereinkommens hinterlegt hat und diese Ratifikation somit nach Artikel 169 Absatz 2 des Übereinkommens am 1. Oktober 1986 wirksam geworden ist,

in Anbetracht der Tatsache, daß die Republik Griechenland bei dieser Hinterlegung einen Vorbehalt nach Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens gemacht hat, aufgrund dessen europäische Patente in Griechenland unwirksam sind, soweit sie Schutz für Arzneimittel als solche gewähren,

nach Kenntnisnahme des am 2. Oktober 1986 eingegangenen Schreibens der Republik Griechenland, in dem sie nach Artikel 167 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens beantragt, die in diesem Artikel vorgesehene Vorbehaltsfrist von höchstens zehn Jahren, gerechnet vom 7. Oktober 1977 (Inkrafttreten des Übereinkommens) an, um fünf Jahre zu verlängern, sowie der diesem

The Administrative Council of the European Patent Organisation,

Having regard to the European Patent Convention (the "Convention"), and in particular Article 167, paragraph 3, thereof,

With reference to its declaration of 17 January 1986 regarding the ratification of the Convention by the Hellenic Republic,

Noting that on 24 July 1986 the Hellenic Republic deposited with the Government of the Federal Republic of Germany its instrument of ratification of the Convention and that thereby, pursuant to Article 169, paragraph 2, of the Convention, such ratification took effect on 1 October 1986,

Noting that at the time of such deposit the Hellenic Republic entered a reservation, pursuant to Article 167, paragraph 2(a), of the Convention, by virtue of which European patents are ineffective in Greece insofar as they confer protection on pharmaceutical products as such,

Having noted the letter received on 2 October 1986 from the Hellenic Republic requesting, in accordance with Article 167, paragraph 3, second sentence, of the Convention, an extension for five years of the maximum reservation period provided for in the said Article and lasting ten years from 7 October 1977 (date on which the Convention entered into force), and the annex to

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée la «Convention»), et notamment son article 167, paragraphe 3,

se référant à sa déclaration du 17 janvier 1986 relative à la ratification de la Convention par la République hellénique,

constatant que la République hellénique a déposé le 24 juillet 1986, auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, son instrument de ratification de la Convention et que dès lors, conformément à l'article 169, paragraphe 2 de la Convention, cette ratification a pris effet le 1<sup>er</sup> octobre 1986,

constatant que lors de ce dépôt, la République hellénique a fait, en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a) de la Convention, une réserve en vertu de laquelle les brevets européens sont sans effet en Grèce dans la mesure où ils confèrent la protection à des produits pharmaceutiques en tant que tels,

ayant pris connaissance de la lettre présentée le 2 octobre 1986 par la République hellénique, demandant, conformément à l'article 167, paragraphe 3, deuxième phrase de la Convention, la prolongation de cinq ans de la période maximale des réserves telle que visée audit article et dont la durée s'étend sur dix années à compter du 7 octobre 1977 (date d'entrée en vigueur de

Schreiben beigefügten „Analyse der pharmazeutischen Industrie Griechenlands“,

this letter entitled "Survey of the Greek Pharmaceuticals Sector",

la Convention), ainsi que de l'annexe à cette lettre intitulée «Analyse du secteur pharmaceutique national»,

in der Erwägung, daß der von der Republik Griechenland gestellte begründete Antrag dem Rat erlaubt, zu entscheiden, daß dieser Vertragsstaat am Ende des Zeitraums von zehn Jahren nicht in der Lage ist, den Vorbehalt zurückzunehmen –

Whereas the reasoned request submitted by the Hellenic Republic allows the Council to decide that this State is not in a position to dispense with its reservation by the expiry of this ten-year period,

considérant que la demande motivée présentée par la République hellénique permet au Conseil de décider que cet Etat n'est pas en mesure de renoncer à sa réserve à l'expiration de cette période de dix ans,

beschließt:

Has decided as follows:

décide:

Artikel 1

Article 1

Article premier

Die Frist für den von der Republik Griechenland bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde nach Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens gemachten Vorbehalt wird nach Artikel 167 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens vom 7. Oktober 1987 an um fünf Jahre verlängert.

The period in respect of which the Hellenic Republic entered a reservation when depositing its instrument of ratification pursuant to Article 167, paragraph 2(a), of the Convention shall be extended, pursuant to Article 167, paragraph 3, second sentence, of the Convention, by five years from 7 October 1987.

La période pour laquelle la République hellénique a fait une réserve lors du dépôt de son instrument de ratification, en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a) de la Convention, est prolongée de cinq ans à compter du 7 octobre 1987, conformément à l'article 167, paragraphe 3, deuxième phrase de la Convention.

Artikel 2

Article 2

Article 2

Dieser Beschluß tritt am 5. Dezember 1986 in Kraft.

This Decision shall enter into force on 5 December 1986.

La présente décision entre en vigueur le 5 décembre 1986.

Geschehen zu München am 5. Dezember 1986

Done at Munich, 5 December 1986

Fait à Munich, le 5 décembre 1986

Für den Verwaltungsrat  
Der Präsident

For the Administrative Council  
The Chairman  
O. Leberl

Par le Conseil d'administration  
Le Président

**Beschluß**  
**des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 5. Dezember 1986**  
**zur Verlängerung des vom Königreich Spanien nach Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a**  
**des Europäischen Patentübereinkommens gemachten Vorbehalts**

**Decision**  
**of the Administrative Council of 5 December 1986**  
**extending the reservation entered by the Kingdom of Spain**  
**pursuant to Article 167, paragraph 2 (a),**  
**of the European Patent Convention**

**Décision**  
**du Conseil d'administration du 5 décembre 1986**  
**portant prorogation de la réserve faite par le Royaume d'Espagne**  
**en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a)**  
**de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 167 Absatz 3,

unter Bezugnahme auf seine Erklärung vom 17. Januar 1986 zum Beitritt des Königreichs Spanien zum Übereinkommen,

in Anbetracht der Tatsache, daß das Königreich Spanien am 24. Juli 1986 bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland seine Urkunde über den Beitritt zum Übereinkommen hinterlegt hat und dieser Beitritt somit nach Artikel 169 Absatz 2 des Übereinkommens am 1. Oktober 1986 wirksam geworden ist,

in Anbetracht der Tatsache, daß das Königreich Spanien bei dieser Hinterlegung einen Vorbehalt nach Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens gemacht hat, aufgrund dessen europäische Patente in Spanien unwirksam sind, soweit sie Schutz für chemische Erzeugnisse als solche oder Arzneimittel als solche gewähren,

nach Kenntnisnahme des am 6. Oktober 1986 eingegangenen Schreibens des Königreichs Spanien, in dem es nach Artikel 167 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens beantragt, die in diesem Artikel vorgesehene Vorbehaltsfrist von höchstens zehn Jahren, gerechnet vom 7. Oktober 1977 (Inkrafttreten des Übereinkommens) an, um fünf Jahre zu verlängern, sowie der diesem Schreiben beigefügten „Analyse des chemisch-pharmazeutischen Industriesektors“,

The Administrative Council of the European Patent Organisation,

Having regard to the European Patent Convention (the "Convention"), and in particular Article 167, paragraph 3, thereof,

With reference to its declaration of 17 January 1986 regarding the accession of the Kingdom of Spain to the Convention,

Noting that on 24 July 1986 the Kingdom of Spain deposited with the Government of the Federal Republic of Germany its instrument of accession to the Convention and that thereby, pursuant to Article 169, paragraph 2, of the Convention, such accession took effect on 1 October 1986,

Noting that at the time of such deposit the Kingdom of Spain entered a reservation, pursuant to Article 167, paragraph 2 (a), of the Convention, by virtue of which European patents are ineffective in Spain insofar as they confer protection on chemical products as such or pharmaceutical products as such,

Having noted the letter received on 6 October 1986 from the Kingdom of Spain requesting, in accordance with Article 167, paragraph 3, second sentence, of the Convention, an extension for five years of the maximum reservation period provided for in the said Article and lasting ten years from 7 October 1977 (date on which the Convention entered into force), and the annex to this letter entitled "Survey of the Chemical and Pharmaceutical Industry",

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 167, paragraphe 3,

se référant à sa déclaration du 17 janvier 1986 relative à l'adhésion du Royaume d'Espagne à la Convention,

constatant que le Royaume d'Espagne a déposé le 24 juillet 1986, auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, son instrument d'adhésion à la Convention et que, dès lors, conformément à l'article 169, paragraphe 2 de la Convention, cette adhésion a pris effet le 1<sup>er</sup> octobre 1986,

constatant que lors de ce dépôt, le Royaume d'Espagne fait, en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a) de la Convention, une réserve en vertu de laquelle les brevets européens sont sans effet en Espagne dans la mesure où ils confèrent la protection à des produits chimiques en tant que tels ou à des produits pharmaceutiques en tant que tels,

ayant pris connaissance de la lettre présentée le 6 octobre 1986 par le Royaume d'Espagne et demandant, conformément à l'article 167, paragraphe 3, deuxième phrase de la Convention, la prolongation de cinq ans de la période maximale des réserves telle que visée audit article et dont la durée s'étend sur dix années à compter du 7 octobre 1977 (date d'entrée en vigueur de la Convention), ainsi que de l'annexe à cette lettre intitulée «Analyse du secteur industriel chimique et pharmaceutique»,

in der Erwägung, daß der vom Königreich Spanien gestellte begründete Antrag dem Rat erlaubt, zu entscheiden, daß dieser Vertragsstaat am Ende des Zeitraums von zehn Jahren nicht in der Lage ist, den Vorbehalt zurückzunehmen –

Whereas the reasoned request submitted by the Kingdom of Spain allows the Council to decide that this State is not in a position to dispense with its reservation by the expiry of this ten-year period,

considérant que la demande motivée présentée par le Royaume d'Espagne permet au Conseil de décider que cet Etat n'est pas en mesure de renoncer à sa réserve à l'expiration de cette période de dix ans,

beschließt:

Has decided as follows:

décide:

Artikel 1

Article 1

Article premier

Die Frist für den vom Königreich Spanien bei der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde nach Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens gemachten Vorbehalt wird nach Artikel 167 Absatz 3 Satz 2 des Übereinkommens vom 7. Oktober 1987 an um fünf Jahre verlängert.

The period in respect of which the Kingdom of Spain entered a reservation when depositing its instrument of accession pursuant to Article 167, paragraph 2 (a), of the Convention shall be extended, pursuant to Article 167, paragraph 3, second sentence, of the Convention, by five years from 7 October 1987.

La période pour laquelle le Royaume d'Espagne a fait une réserve lors du dépôt de son instrument d'adhésion, en application de l'article 167, paragraphe 2, lettre a) de la Convention, est prolongée de cinq ans à compter du 7 octobre 1987, conformément à l'article 167, paragraphe 3, deuxième phrase de la Convention.

Artikel 2

Article 2

Article 2

Dieser Beschluß tritt am 5. Dezember 1986 in Kraft.

This Decision shall enter into force on 5 December 1986.

La présente décision entre en vigueur le 5 décembre 1986.

Geschehen zu München am 5. Dezember 1986

Done at Munich, 5 December 1986

Fait à Munich, le 5 décembre 1986

Für den Verwaltungsrat  
Der Präsident

For the Administrative Council  
The Chairman  
O. Leberl

Par le Conseil d'administration  
Le Président

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen  
begangene Handlungen**

**Vom 12. Februar 1987**

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Jemen,  
Arabische Republik am 25. Dezember 1986  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. August 1986 (BGBl. II S. 885).

Bonn, den 12. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Guinea  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 12. Februar 1987**

In Conakry ist am 31. Dezember 1986 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 31. Dezember 1986  
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Februar 1987

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Zahn

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guinea über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Guinea –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guinea beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (nachstehend „DEG“ genannt), Köln, eine Beteiligung an der Banque Internationale pour le Commerce et l'Industrie de la Guinée (nachstehend „BICI GUI“ genannt) in Höhe von bis zu US-\$ 1 000 000 (in Worten: eine Million US-Dollar) zu erwerben. Hierfür stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der DEG einen Betrag bis zu DM 3 000 000,- (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) zur Verfügung.

### Artikel 2

Die in Artikel 1 genannte Beteiligung der DEG wird nach Maßgabe eines mit der BICI GUI noch zu schließenden Finanzierungsvertrages bewirkt.

### Artikel 3

(1) Die Regierung der Republik Guinea sichert zu, daß die in Artikel 1 genannte Beteiligung der DEG vollen Schutz und volle Sicherheit genießt. Eine Enteignung darf nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung erfolgen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Beteiligung entsprechen, tatsächlich verwertbar und transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet

werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, die Höhe der Entschädigung und die Zeit, innerhalb der sie zu zahlen ist, müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießt die DEG Meistbegünstigung.

(2) Die Regierung der Republik Guinea garantiert hinsichtlich der in Artikel 1 genannten Beteiligung die freie Einfuhr aller ausländischen Zahlungsmittel im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung sowie den freien Transfer des Veräußerungs- oder Liquidationserlöses.

(3) Die Regierung der Republik Guinea verpflichtet sich im eigenen Namen und für die Zentralbank der Republik Guinea, der BICI GUI bei der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der DEG keine Hindernisse in den Weg zu legen. In gleicher Weise werden die Regierung der Republik Guinea und die Zentralbank der Republik Guinea der Zahlung eines Veräußerungserlöses an die DEG durch einen Erwerber der in Artikel 1 genannten Beteiligung keine Hindernisse in den Weg legen.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Guinea stellt die DEG von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit der in Artikel 1 genannten Beteiligung in der Republik Guinea erhoben werden.

### Artikel 5

Erhöht sich die in Artikel 1 genannte Beteiligung durch die Ausgabe von Gratisaktien, so gelten die von der Regierung der Republik Guinea in Artikel 3 und 4 übernommenen Garantien und Zusagen auch für die erhöhte Beteiligung.

### Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Guinea innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

### Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Conakry am 31. Dezember 1986 in zwei  
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei  
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Peter Truhart

Für die Regierung der Republik Guinea  
E. Benjamin

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens  
zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris**

**Vom 16. Februar 1987**

Das Internationale Übereinkommen vom 25. Januar 1924 zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris (RGBl. 1928 II S. 317; BGBl. 1974 II S. 676) ist nach seinem Artikel 6 für folgenden weiteren Staaten in Kraft getreten:

Syrien, Arabische Republik                      am 24. Oktober 1986.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Oktober 1982 (BGBl. II S. 961).

Bonn, den 16. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten der deutsch-israelischen Vereinbarung  
über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen  
im internationalen Verkehr**

**Vom 16. Februar 1987**

Nach § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 20. November 1984 zu der Vereinbarung vom 2. Dezember 1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr (BGBl. 1984 II S. 964) wird bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem § 3 Abs. 1

am 1. Februar 1987

in Kraft getreten ist.

Am selben Tag ist auf Grund des Notenwechsels vom 23. August 1985/15. Dezember 1986 die Vereinbarung vom 2. Dezember 1983 über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr in Kraft getreten.

Bonn, den 16. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen  
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

**Vom 18. Februar 1987**

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1980 II S. 721, 733 – ist nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für die

Niederlande  
(für das Königreich in Europa)

am 28. April 1986

in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 9. Oktober 1986 die Erstreckung des Protokolls auf Guernsey notifiziert; nach Artikel 7 Abs. 1 des Protokolls ist die Erstreckung am 7. Januar 1987 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. August 1985 (BGBl. II S. 1111).

Bonn, den 18. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

---

**Bekanntmachung  
über die Erweiterung der Ausbildung  
am Deutsch-Französischen Hochschulinstitut  
für Technik und Wirtschaft Saargemünd**

**Vom 18. Februar 1987**

Durch Verbalnotenwechsel vom 26. Juli 1985/17. Januar 1986 ist nach Artikel II Abs. 2 Satz 2 des Abkommens vom 15. September 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung des Deutsch-Französischen Hochschulinstituts für Technik und Wirtschaft Saargemünd (BGBl. II S. 1245) vereinbart worden, die Ausbildung an dem Institut auf die Fachrichtung Bauingenieurwesen auszudehnen. Diese Erweiterung findet mit Beginn des Wintersemesters 1985/86 Anwendung.

Bonn, den 18. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen.
- b) Zolltarifvorschriften.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 57,60 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1986 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 2,60 DM (1,80 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1988 A · Gebühr bezahlt

### **Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzabkommens zum deutsch-türkischen Abkommen über Soziale Sicherheit**

**Vom 18. Februar 1987**

Nach Artikel 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 1986 zu dem Zusatzabkommen vom 2. November 1984 zum Abkommen vom 30. April 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über Soziale Sicherheit und zu der Vereinbarung vom 2. November 1984 zur Durchführung des Abkommens (BGBl. 1986 II S. 1038) wird bekanntgemacht, daß das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 2 sowie der dazu ergangene Notenwechsel vom 27. März/24. Juni 1986

am 1. April 1987

in Kraft treten werden.

Die Ratifikationsurkunden sind am 10. Februar 1987 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 18. Februar 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Oesterhelt